

Kinderpornographie im Internet bekämpfen



Kinderpornographie ist die Dokumentation von Kindesmissbrauch und der sexuellen Ausbeutung von Kindern. Trotz internationaler Anstrengungen zur Täterermittlung und Schließung von Websites bleiben Angebote mit kinderpornographischen Inhalten im Internet

abrufbar und nehmen beständig zu. Die polizeiliche Kriminalstatistik verzeichnet seit Jahren einen Anstieg bei der Verbreitung der Kinderpornographie im Netz.

Gegen die sexuelle Ausbeutung von Kindern im Internet muss mit allen Möglichkeiten vorgegangen werden. Es ist nicht hinnehmbar, dass bekannte kinderpornographische Angebote teilweise noch wochenlang weiter genutzt werden können. Sperrungen werden seit Jahren in zahlreichen europäischen Ländern wie Norwegen, Italien und Großbritannien durchgeführt, aber auch in Ländern wie Neuseeland und Kanada.

Wirtschaftsunternehmen, die in größerem Umfang Internet-Zugangsdienstleistungen für Nutzer anbieten, können durch technische Vorkehrungen dazu beitragen, den Zugang zu kinderpornographischen Webseiten zu erschweren (sog. Access-Blocking). Die maßgeblichen Unternehmen in diesem Bereich haben signalisiert, dass sie dazu auch bereit sind. Derzeit laufen Verhandlungen, um ein Access-Blocking auf freiwilliger Basis zu erreichen. Es besteht jedoch Einigkeit, dass auch eine gesetzliche Regelung geschaffen werden muss.

Der Gesetzentwurf enthält Änderungsvorschläge zum Telemediengesetz (TMG) und zum Telekommunikationsgesetz (TKG). Er beschränkt sich - wie in den Eckpunkten festgelegt - auf Zugangser schwerungen zu kinderpornographischen Inhalten. Die Gesetzesänderungen zielen darauf den Zugang zu kinderpornographischen Inhalten zu erschweren. Dies soll dadurch geschehen, dass das Bundeskriminalamt Informationen über solche Angebote auf einer Sperrliste erfasst und diese den Anbietern zur Verfügung stellt. Diese sollen dann den Zugang zu den gelisteten kinderpornographischen Angeboten auf geeignete Weise blockieren und die betroffenen Nutzer über eine Stopp-Meldung hierüber informieren. Zugleich können die Daten für die Strafverfolgung genutzt werden. Die Bundesregierung weiß, dass mit diesen Regelungen gesetzgeberisches Neuland betreten wird. Sie schlägt deshalb auch vor, dass innerhalb von zwei Jahren nach Inkrafttreten des Gesetzes eine Evaluierung erfolgt.

Foto: AOK-Mediendienst

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,



die Mai-Krawalle in Nordrhein-Westfalen, aber auch in Berlin haben uns vor Augen geführt, dass wir null Toleranz für solche

Chaoten der linken und rechten Szenen haben dürfen. Diesen Gewalttätern geht es nur um Zerstörung von öffentlichem und privatem Eigentum und um Gewalt gegenüber den eingesetzten Ordnungskräften. Es handelt sich demnach um kriminelle Handlungen, die konsequent verfolgt werden müssen.

Leidtragende sind unsere Polizistinnen und Polizisten, die eine sehr gute Arbeit unter schweren Bedingungen geleistet haben.

Die Politik muss hinter den Polizistinnen und Polizisten stehen und sie auch bei diesen gefährlichen Einsätzen schützen, in denen sie für uns alle ihre Gesundheit aufs Spiel setzen.

Deswegen ist der Vorschlag von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble richtig, Angriffe und Übergriffe auf Polizeikräfte künftig härter zu bestrafen. Die Demokratie muss wehrhaft bleiben und das Gewaltmonopol des Staates darf nicht von einer kleinen Anzahl Links- und Rechtsradikaler in Frage gestellt werden.

Viel Spaß beim weiteren Lesen wünscht

Peter Hintze MdB

Vorsitzender der CDU-Landesgruppe NRW



Keine Rentenkürzung zum 1. Juli 2010

Die Renten sind noch nie gekürzt worden, dabei bleibt es auch in Zukunft

Zum rentenpolitischen Beschluss des Bundeskabinetts erklärt der arbeitsmarkt- und sozialpolitische Sprecher der CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag, Dr. Ralf Brauksiepe MdB:

Im kommenden Jahr wird es keine Rentenkürzung geben. Dieses Versprechen ist Gegenstand der heute vom Bundeskabinetts beschlossenen Rentengarantie. Wir begrüßen ausdrücklich diese Entscheidung. Seit Einführung der dynamischen gesetzlichen Rente im Jahr 1957 sind die Renten noch nie gekürzt worden, dabei bleibt es auch in Zukunft. Darauf können sich die Rentnerinnen und Rentner verlassen. Unsere Fraktion wird sich dafür einsetzen, dass die Rentengarantie noch vor der Sommerpause parlamentarisch verabschiedet wird.

Die Union hält an der Lohn- und Beitragsbezogenheit der gesetzlichen Rente fest. Zwar schließen wir mit der Rentengarantie dauerhaft nominale Rentenkürzungen aus, wenn die Löhne und Gehälter der Beitragszahler sinken. Allerdings werden unterbliebene Rentenkürzungen in späteren Jahren mit positiven Rentenanpassungen wieder verrechnet. Damit bleibt es dabei, dass die Rente der Lohnentwicklung folgt.

Die Union steht für gesunde Rentenfinanzen, einen stabilen Rentenbeitrag und für eine gerechte Teilhabe der Rentnerinnen und Rentner am Wohlstand. Zum 1. Juli 2009 werden die Renten um 2,41 Prozent in den alten Ländern bzw. um 3,38 Prozent in den neuen Ländern angehoben. So stark sind die Renten im Westen seit 1994 und im Osten seit 1997 nicht mehr gestiegen. Dieser Erfolg wäre ohne die unter der Regierung Merkel eingeleitete Politik für mehr Wachstum und Beschäftigung der letzten Jahre nicht möglich gewesen.

Bologna-Prozess auf gutem Weg

Immer mehr Hochschulen in Deutschland sind für den internationalen Wettbewerb gerüstet; die Umstellung auf die gestuften Studiengänge macht gute Fortschritte: Die Bachelor- und Masterstudiengänge machen mittlerweile bereits 75% des gesamten Studienangebots aus. Im Wintersemester 2007/2008 waren nach Angaben des Statistischen Bundesamtes über 600.000 Studierende in Bachelor- und Masterstudiengängen eingeschrieben, das entspricht einem Anteil von gut 30 Prozent aller Studierenden. Im Vergleich zum Wintersemester 2005/2006 ist dies weit mehr als eine Verdoppelung (Anteil WS 05/06: 12,5 %).

Bachelor- und Masterstudiengänge sind ein wirksamer Hebel zur stärkeren Internationalisierung der deutschen Hochschulen und bieten darüber hinaus die große Chance, die Studienstruktur grundlegend zu reformieren. Mit neuen Ein- und Ausstiegsmöglichkeiten eröffnet die Reform Chancen für vielfältige Bildungsbiographien. Die Mobilität der Studierenden wird durch Maßnahmen der Bundesregierung gefördert. So wurden die Mitnahmemöglichkeiten des BAföG verbessert und mit der Ratifikation der Lissabon-Konvention die Voraussetzung für die verbesserte Anerkennung von im Ausland erworbenen Studienabschlüssen und Studienleistungen geschaffen.

Impressum:

Ausgabe Nr. 08/2009

07. Mai 2009

Landesgruppe NRW

der CDU/CSU-Fraktion im
Deutschen Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-58956
Email: fabian.bleck@cducsu.de

Redaktion:

Karl-Heinz Aufmuth
Fabian Bleck

Internet:

www.
cdu-landesgruppe-nrw.de